

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda



Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestmögliche Blatt

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Abonnementspreise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei Mark halbjährlich 15 Mark, beim Abholen in der Geschäftsstelle monatlich 50 Pf. Einjahrespreis 10 Pf. (Sonntagsbeilage 15 Pf.)

Verleger: Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pf., dreiseitige Anzeigen 8 Pf. Im Textfeld die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pf. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 243

Freitag, den 16. Oktober 1931.

86. Jahrgang

Tageschau.

Die Aussprache im Reichstag über die Regierungserklärung soll heute Freitag nachmittag berufen und die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge sofort vorgenommen werden.
Die Zentrumsfraktion veröffentlicht einen Beschluß, in welchem sie jede Duldung des in der hiesigen Tagung in Aussicht genommenen Reichstages ablehnt.
Die deutschnationale Reichstagsfraktion nahm am Donnerstagabend Stellung zu den Angriffen des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich gegen die Abgeordneten Oberführer. Die Angabe Oberführers, daß die Steuererhöhung dem deutschen Volke in den letzten Jahren fünf Milliarden Steuern gebracht habe, wird als richtig bezeichnet und im Interesse der Wahrheit und Klarheit ein zahlenmäßig genaues Gesamtbild aller der neuen Lasten gegeben.
Der „Sächsische Beobachter“ veröffentlicht einen umfangreichen Offenen Brief Adolfs Hilters an den Reichskanzler als Antwort auf dessen Rede im Reichstag.
Der französische Ministerpräsident Comol verließ heute Freitag um 10 Uhr Paris, um von Le Havre aus mit dem französischen Dampfer „Le de France“ seine Amerika-Reise anzutreten.

Die entscheidende Abstimmung im Reichstag Freitag nachmittag.

Die letzten Fraktionsbeschlüsse Freitag vormittag. — Die Entscheidung liegt bei der Wirtschaftspartei.

Berlin, 16. Okt. (Eig. Meldg.) Es ist nun sicher, daß der Reichstag heute nachmittag mit der Aussprache fertig wird. Der Kanzler will noch ein Schlusswort sprechen. Das dürfte ungefähr gegen 2 Uhr nachmittags sein, und daran würden sich die Abstimmungen anschließen, so daß die Verlesung spätestens schon um 4 Uhr erfolgen könnte. Kein stimmungsunfähig rechnete man gestern abend weiter damit, daß das Kabinett mit einer, wenn auch knappen Mehrheit, aus diesem Kampfe hervorgeht.
Im Verlaufe des gestrigen Abends haben noch eine Reihe von Besprechungen stattgefunden, die darauf abzielten, eine Klärung der Mehrheitsverhältnisse herbeizuführen. Die drei Fraktionen, auf die es dabei ankommt, werden jedoch erst heute vormittag ihre endgültige Stellungnahme bestimmen. Auch das Landvolk wird sich noch einmal mit der Situation beschäftigen, und zwar sucht die Minderheit, die für das Kabinett ist, eine Ausforderung des gestrigen Beschlusses zu erreichen, so daß dann etwa 5 bis 6 Abgeordnete dieser Fraktion gegen das Mißtrauensvotum stimmen könnten. Die Erneuerung des Abgeordneten-Schlange-Schönings zum Offizialkommissar und Reichsminister ohne Amtsbereich war in gutunterrichteten Kreisen für heute erwartet worden. Diese Fraue wird sich aber nun wohl erst nach der Abstimmung entscheiden.
Die Deutsche Volkspartei hat ihre gestrige Fraktionsführung abgelehnt und auf heute früh 9 Uhr verlegt. Die Dinge liegen bei dieser Partei so, daß eine Stimmhaltung nicht in Frage kommt, sondern unter dem starken Einfluß des rechten Flügels der Befehl zu erwarten ist, für das Mißtrauensvotum zu stimmen. Offen ist noch die Frage, ob auch Fraktionszwang eingeführt wird. Aber selbst in diesem Falle ist ganz sicher damit zu rechnen, daß 5 Abgeordnete, Geheimrat Kahl, Dr. v. Kardorff, Dr. Schneider-Dresden, Ehrl und Glöckel, für das Kabinett stimmen werden. Letzt dieser Fall bei Fraktionszwang ein, so hält man im Reichstag den Ausschluß der 5 Abgeordneten für unvermeidlich. Einige weitere Mitglieder der Fraktion werden an der Abstimmung voraussichtlich nicht teilnehmen, so daß im ganzen etwa 20 Abgeordnete für das Mißtrauensvotum stimmen werden.
Mit der Wirtschaftspartei ist den ganzen Abend verhandelt worden. Dabei waren besonders der Reichsfinanzminister und der Präsident der

Preukasse, Dr. Klepper, beteiligt. Auch diese Fraktion wird sich endgültig erst heute vormittag entscheiden. Die Wirtschaftspartei fordert als Preis für die Stützung des Kabinetts Brünings einen Betrag von 200 Millionen für die Sanierung der Deutschen Mittelstandsbank. Der Reichskanzler ist aber bereit, nur 40 Mill. zur Verfügung zu stellen. Wie es heißt, hat sich die Wirtschaftspartei inzwischen auf 100 Millionen „herunterhandeln“ lassen. Die Erfüllung des Kabinetts Brünings wird mit diesem nicht sehr schönen Mandat geradezu zu einem Handelsobjekt und zu einer Geldfrage. Ein neuer Beweis, wie tief unser parlamentarisches System auch in Augenblicken von höchster Bedeutung heruntergekommen ist.

Donnerstag abend ergab sich folgendes stammesmäßige Bild für und gegen das Kabinett Brünings:

Sicher für die Regierung werden stimmen:	
Sozialdemokraten	136 Mandate
Zentrum	68 Mandate
Christl. Volksdienst	21 Mandate
Bayr. Vpt.	19 Mandate
Staatspartei	14 Mandate
Deutsche Bauernp.	6 Mandate
Volksnationalisten	6 Mandate
Zusammen: 270 Mandate	
Sicher gegen die Regierung stimmen:	
Nationalsozialisten	108 Mandate
Kommunisten	77 Mandate
Deutschnationale	41 Mandate
Parteiloses Landvolk	2 Mandate
S. u. P.	7 Mandate
Zusammen: 235 Mandate	

Zur Opposition stoßen dann dem Landvolk voraussichtlich noch 15 Abgeordnete, sowie schlagungsweise 20 Volksparteiler. Damit würde die Opposition auf die gleiche Stärke, wie der Regierungsbund, gekommen sein.
Den Ausschlag geben also hiernach die 4 Landvolk-Abgeordneten, die sich nicht der Opposition anschließen wollen, sowie die restlichen 10 Mandate der Deutschen Volkspartei, von denen allerdings zwei Abgeordnete, Dausch und Curtius, nicht in Berlin sind, so daß nur ein Rest von 8 Volksparteilern für Brünings bzw. für Stimmhaltung in Betracht käme.
Die allerletzte Entscheidung liegt hiernach bei den 23 Mandaten der Wirtschaftspartei.
Erklären sie sich für Brünings, dann kann der Kanzler einer Mehrheit von etwa 25 Mandaten sicher sein, wandern sie zur Opposition ab, mit der in den letzten Tagen intensiv verhandelt worden ist, dann bleibt das Kabinett auf jeden Fall in der Minderheit.

Mit Wern und Aber.

Stimmungsbild aus dem Reichstag.
Die Aussprache über die Erklärung der zweiten Regierung Brünings wurde am Donnerstag fortgesetzt. Herr Brünings wird gewiß nicht den Eindruck gewonnen haben, daß das Vertrauen, das ihm im Reichstag entgegengebracht wird, irgendwelchen Stürmen standhalten könnte. Tatsächlich gibt es außer seiner eigenen keine Partei mehr, die nicht an seiner Politik scharfe und scharfe Kritik übt. Und keine eigene Partei? Da vermag der Außenstehende nicht durchzugehen, aber wenn man das Wern und Aber hört, das der Prälat Lecht im Namen der dem Zentrum so lieb befreundeten Bayerischen Volkspartei ausspricht, dann müssen einem doch allerlei Gedanken kommen. Auf solche Wern und Aber war die ganz Donnerstag-Sitzung gestellt. Auch die Rede des volksparteilichen Führers Dr. Dingeldey war mit Wern und Aber belastet. In der Sache Kritik bis zur bestehenden Schärfe, in der Art und Weise des Vortrags höchlichst bis zum anerkennenben Stillsitzen. Die Deutsche Volkspartei schwankt zwischen der Befürchtung an dem Mißtrauensantrag und der Stimmhaltung. Wenn man im volksparteilichen Lager schon davon überzeugt ist, — und nach Dingeldeys Worten, nach seinen klaren Feststellungen kann daran kein Zweifel obwalten — daß Herr Brünings nicht der Mann ist, die Dinge zu meistern, daß das ganze System falsch ist und daß auch von Grund auf neu gebaut werden muß, wie ist es dann möglich, daß man in entscheidender Stunde noch hin und her schwankt? Daß eine Stimmhaltung der Volkspartei die Rettung Brünings, die Rettung des Systems und die Fortführung einer marxistisch bestimmten Politik bedeutet, das wird selbst keiner der Volksparteiler leugnen können, die mit brennendem Eifer für Stimmhaltung eintreten. Das Landvolk hat sich anscheinend entschieden. Es kehrt durch Herrn Döberich eine formulierte Erklärung vorlesen, die mancherlei Anerkennung für Herrn Brünings und für Herrn Schiele ausspricht, Herrn Treutmann als Offizialkommissar einen nur zu berechtigten Seitenhieb erteilt, und dann nach mancherlei anderem Wern und Aber doch zu dem Schluss kommt, daß man diesem Kabinett — freibleibend — mit Mißtrauen gegenübersteht. Die große Frage ist nun, was die Wirtschaftspartei macht. Ueber sie hört man die erstaunlichsten Gerüchte. Da soll ihre politische Haltung in dieser für die Nation entscheidenden Stunde davon abhängig gemacht worden sein, ob die Regierung den ihr nahestehenden Genossenschaftsbanken eine Beihilfe von 200 Millionen bewilligt. Man schauert um die Höhe dieser Summe, und schließlich kommt es darauf an, wem Herr Dietrich in den Reichstadel greift. Nun, Herr Dietrich muß, er mag wollen oder nicht, seine bislang allzu freigebige Hand doch etwas zügeln. Wie es scheint, sind ihm die Worte Oberführers doch in die Glieder gefahren, wenn er sich auch am Mittwoch bemühte, sie als unwesentlich und gar als falsch darzustellen. Leider waren die Angaben Oberführers nur zu richtig. Der Begriff „Steuern“ erschöpft sich ja schließlich nicht in dem, was auf dem Steuerzettel steht. Alle Belastungen, die der Staat auferlegt, auch

Der zweite Tag der Reichstagsausssprache.

Die Fraktionsredner der kleineren Gruppen.

Berlin, 16. Okt. Die gestrige Reichstags-Sitzung begann mit einer Rede des Abg. Sumpffendorfer (Christlichsozial), dessen Fraktion im allgemeinen bereit ist, die Regierung weiter zu unterstützen. Dann folgte die mit besonderer Spannung erwartete Rede des Abg. Dr. Dingeldey (DVP.), der vorher hatte verkündet lassen, daß er eine Oppositionsrede gegen den Reichskanzler halten würde. Dr. Dingeldey ging davon aus, daß die Anwendung des Artikels 48 zur Notverordnung die Parteien weiter mit der Verantwortung belastet habe, ohne daß sie Einfluß auf die Entwicklung haben könnten. Eine um so größere Aufgabe sei der Regierung mit der richtigen Erfassung der in Deutschland vorhandenen Kräfte erwachsen. Man hätte statt des übersteigerten Optimismus, wie ihn besonders der Reichsfinanzminister gepflegt habe, eine Politik der nüchternen Wahrheit machen müssen.
Die Regierung habe auf diesem Gebiete große Schuld auf sich geladen.
Der Reichskanzler habe es nicht verstanden, auf das Volk richtig einzuwirken.
Dr. Dingeldey setzte sich dann unter wachsender Unruhe im Hause mit den Sozialdemokraten auseinander und erklärte der SPD.: „Meine Auffassung über das, was notwendig gewesen wäre, unterscheidet sich absolut und grundsätzlich von dem, was Sie wollen.“
Die Reichsregierung müßte sich im absoluten Gegen-